

Anzahlle Bedenken der Vorlage nicht im Wege stehen können. In deutschen Volk ist auch das Bestreben für die Wahlfrage glücklicher Weise immer größer geworden; daher kommt es, daß man dieser Vorlage allenthalben so günstig gesonnen ist. Das Verlangen halte ich für den Ausfluß der eben Gesagten eines ideal angelegten Wertschöners. Aber Deutschland muß vor allem in sich selbst die Sicherung seiner Interessen besitzen. (Wesal rechtlich und bei den National Liberalen.)

Liebermann u. Sonnensberg (Antif.): Wir sind der Ansicht, daß Deutschland gut daran thut, sein Schwert zu schärfen. Die Absicht der russischen Regierung war wohl, Jemanden im deutschen Parlament zu veranlassen, auf Grund des Manifestes Schwierigkeiten zu machen. Der Abg. Bebel von heute war der Bebel nicht, der 1871 die Thronrede der Kommaue viel zu maßig fand. Heute sprach er maßvoll und protestirte nur gegen den Militarismus, weil durch eine starke Armee die Träume seiner Partei nicht in Erfüllung gehen. Ich bin heute ein Feind der zweijährigen Dienstzeit gewesen. Aber nachdem man sie eingeführt hat, kann man sie nicht mehr abschaffen. Man muß sich jetzt bemühen, in den 2 Jahren den Leuten den Geist einzupflanzen, der sie während des ganzen Lebens dann beherrschen soll. Ich schlage die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes vor, der uns ein Hinderniß des anverwandten Wissens herbeiführt, an dem unser Volk so sehr krank. Die Militärverwaltung sollte sich aber auch fragen, ob der deutsche Offiziersverein sich mit den Interessen des Mittelstandes verträglich. (Heiterkeit.) Sie möge sich auch dem Ausland bei Lieferungen frei machen. Wir bitten das Centrum, mit uns dafür zu sorgen, daß nur die lausenden Einnahmen zur Deckung der Kosten herangezogen werden dürfen. (Heiterkeit rechtlich.)

Ricker (Frp.): Auf dem Standpunkt des Herrn von Dreyer können wir uns nicht stellen, der alle Verantwortung der Regierung überlassen will. Wir sind auch der Meinung, es ist unbedenklich, in einer längeren Dienstzeit zurückzuführen. Dem von Bebel vorgeschlagenen Weg halten wir für ungangbar. Dagegen hoffen wir auf eine Verständigung auf der Grundlage der Regierungsvorlage.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Budget-Kommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Kleinere Vorlagen. 2. Lesung des Etats: Reichstag, Reichsanwalt und Reichsanlei, Reichsanstalt des Innern.

Schluß 3/4 Uhr.

Aus dem Reichstage. Unser parlamentarischer Berichterstatter schreibt uns: Der Reichstag hat Freitag die Militärvorlage in erster Lesung zu Ende geführt und sie der Budgetkommission zur weiteren Berathung überwiesen. Bebel leitete die Verhandlungen ein mit einer heinasse zweistündigen Rede ein. Das alte Feuer heller Beredsamkeit loderte in ihm und er erzog sich, wie immer, die gespannte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Eingehend und klar schilderte er die Weltlage, die er ruhiger und nicht so schwarz ansieht, wie die Regierung und der Abg. von Stamm, was aber die Freunde des Militarismus niemals zugeben werden, da sie sonst überhaupt keinen vernünftigen Grund für die fortgesetzte Steigerung der militärischen Rüstungen angeben könnten. Sehr treffend waren Bebel's Ausführungen, über die Erscheinung, daß jetzt schon die landwirtschaftlichen deutschen Kreise einer Erhöhung der Militärlasten skeptischer gegenüberstehen, als die großindustriellen Kreise, welche vermöge des Aufschwungs der Industrie diese gesteigerten Lasten natürlich recht gut tragen können. Selbstverständlich spielte das Barenmanifest in der Rede Bebel's eine größere Rolle. Daß er die Militärvorlage eine Verhöhnung des kaiserlichen Manifestes nannte, trug ihm einen Ordnungsruf ein. Damit, daß Herr von Ballestrin diesen scharfen kritischen Ausdruck für unparlamentarisch erklärte, verliert er aber keineswegs an innerer Rechtmäßigkeit. Im übrigen liegen jetzt Ordnungsrufe für sozialdemokratische Redner im Parlament sozusagen auf der Straße. Durch ihre Häufigkeit verlieren sie an Werth und unsere Genossen regen sich schon längst nicht mehr darüber auf, geschweige denn, daß sie auf den Einfall kommen sollten, einmal wegen eines solchen Ordnungsrufes in die Revisioninstanz zu gehen, wie das in früheren Zeiten wohl manchmal geschehen ist.

Im zweiten Theil seiner Ausführungen vertrat Bebel unsern alten Programmpunkt, die Durchführung allgemeiner Volkswaffenung mittelst des Milizsystems. Kriegsminister von Söpler machte sich schon zum zweiten Mal den Spaß, diese Milizträume zu verspotten. Er hielt so ziemlich wörtlich die gleiche Rede, wie bei der Berathung des letzten Militäretats, wo Bebel das gleiche Thema angeschnitten hatte. Von dem Kohl, den heute aber der Kriegsminister aufwärmt, kann man aber nicht sagen, was man sonst vom Kohl sagt, nämlich, daß er durch das Aufwärmen besser wird.

Für das Centrum sprach hierauf der Abg. Professor v. Hertling. Er vollführte den bekannten Exerzium, denn ganz geschlossen wird die Partei auch diesmal nicht stimmen. Trotzdem er eine Unzahl Bedenken anführte, ließ er doch durchblicken, daß schließlich die Vorlage in der Hauptsache von der schwarzen Garde bewilligt werden wird.

Mit dreimaligem Hurrah erklärte sich für die National Liberalen der Abg. Sattler, der Nachfolger Benningens im Wahlkreise und wohl auch in der Partei, mit der Vorlage einverstanden. Sattler und Stamm, sie sind in ihren Parteien ja die Vertreter des Großindustriellismus, dessen Militärfreundlichkeit Bebel vorher so richtig in seinen inneren Ursachen gekennzeichnet hatte. Ein gleichlautes Hurrah brachte der Antisemit Liebermann von Sonnensberg der Vorlage aus, er hat bekanntlich auch die lauteste Stimme im ganzen Reichstag. Liebermann erklärte sich gegen die zweijährige Dienstzeit — o diese Volksfreundlichkeit der Antisemiten! — dann aber für Befestigung des Einjährig-Freiwilligenrechtes. Er hat sich wohl die Wirkung dieser Maßregel nicht klar gemacht, die wir ja auch unterstützen; denn müssen erst die Söhne der Großbourgeoisie zwei Jahre dienen, dann kommen wir neben besserer Behandlung auch gar bald zu noch kürzerer Dienstzeit. Also nur los. Den Schluß der Redner machte der Abg. Ricker. Bemerkenswerthes aus seinen Ausführungen ist nicht zu berichten. Die süddeutschen Volksparteier wie die Polen hielten es nicht

für angezeigt, ihre Meinung zu der wichtigen Vorlage zu äußern.

Politische Nachrichten

Deutschland.

Zum Buchhandelsgesetz finden wir in der Berliner „Germania“ folgende Notiz:

„Wie eine hiesige Korrespondenz behauptet, soll der Kaiser neuerdings auf das Entscheidungsbetont haben, daß das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen noch in der laufenden Session zur Berathung und Verabschiedung gelangen möge, und daß insbesondere dem Umrufen des Streikpostenregens scharf vorgebeugt werde.“

Wir können die Nachricht auf ihre Wichtigkeit nicht kontrollieren. Aber auffällig ist es doch, daß die schon vor mehr als vier Monaten vom Kaiser als ihrer Vollenbung entgegengehend angekündigte Vorlage noch immer nicht eingebracht ist. Daraus läßt sich schließen, daß es den Geheimräthen sehr schwer werden muß, eine Form für die Vorlage zu finden, die den Meinungen des Reiches gerecht wird und doch auch entfernt die Würdigkeit in Aussicht stellt, daß der Reichstag seine Zustimmung geben könnte.

Postalisches. In der Freitagssitzung der Budgetkommission des Reichstages führte Staatssekretär von Podbielski aus: „Im Verfolg der in der Thronrede enthaltenen Ankündigungen erkläre ich: Es liegt in der Absicht der Reichsregierung, noch in dieser Session dem Reichstage die Vorlage wegen anderweiter Ausgestaltung des Fernsprechnetzgebühren-Tarifs zu unterbreiten, durch den die Gebühren für die Orte mit geringer Teilnehmerzahl unter Berücksichtigung des Grundfahres von Leistung und Gegenleistung festgelegt werden. Dies ermöglicht für die kleinen Orte eine erhebliche Ermäßigung der Gebühren. Diese Absicht ist bei dem zu erwartenden starken Zugange neuer Stellen nur dann durchführbar, wenn gleichzeitig der Telegraphenverwaltung die erforderlichen Rechte zur Benutzung der öffentlichen Wege gegeben werden. Auch mit Rücksicht auf den beabsichtigten Uebergang zum Doppelseitigen System und zur ausgedehnten Legung unterirdischer Linien ist eine gesetzliche Regelung unabweislich.“ Weiter erklärte der Staatssekretär, eine Novelle zum Postzeitungstarif liege gegenwärtig dem Bundesrat vor. Die Zeitungsanmeldung, es sei eine Vereinfachung der Telegrammabfertigung beabsichtigt, sei fast. Er, der Staatssekretär, beabsichtige eine Beschleunigung der Bestellung dadurch herbeizuführen, daß er an Stelle der aus dem Bestelldienst zurückgezogenen, über 50 Jahre alten Postbeamten, veruchswise Vurschen von 16 Jahren für diesen Dienst einstelle. Eine Erhöhung der Taxe für Telegramme am Sonntag sei mit Rücksicht auf die ausländischen Telegramme nicht angängig. Die Berathung wird Dienstag fortgesetzt werden. — Die dem Bundesrath vorliegende Novelle zum Postgesetz nimmt für das Briefporto von 10 Pf. eine Erhöhung des Höchstgewichtes bis 20 Gr. in Aussicht. Dabei soll bestimmt werden, daß die Distrikte auch auf den Nachbarortverkehr ausgedehnt werden kann. Die Zeitungsgebühr soll betragen 10 Pf. für jede Bezugszeit ohne Rücksicht auf deren Dauer, ferner 15 Pfennig jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; und schließlich zehn Pfennig jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichtes, mindestens jedoch 40 Pf. jährlich für jede Zeitung. Bei Ausdehnung des Postregals soll den Anstalten der Privatposten, die vor dem 1. April 1898 entstanden und ununterbrochen bis jetzt betrieben wurden, eine Entschädigung gewährt werden, und zwar nicht nur für die Verminderung des eigentlichen Vermögensstandes, sondern auch in gewissem Umfange für entgangenen Gewinn. Auch die Beamten der Anstalten sollen gegebenen Falles eine einmalige Entschädigung erhalten, die je nach der zurückgelegten Dienstzeit (3 Monate bis 6 Jahre) ein Monatsgehalt bis ein Jahresgehalt beträgt.

Die Antianarchistenkonferenz in Rom ist nach der Erklärung des griechischen Bevollmächtigten Dr. Streit gegenüber einem Interviewer nicht ergebnislos verlaufen. Alles, was bisher in der Presse über die Beschlüsse geschrieben sei, entspreche den Thatsachen nicht im Mindesten. „Die gefaßten Beschlüsse betreffen einerseits Verwaltungsmassregeln, zu deren Durchführung sich die theilnehmenden Staaten vorbehaltlos verpflichtet haben. Die übrigen Beschlüsse beziehen sich auf bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen, und haben die theilnehmenden Regierungen die bindende Zusage gemacht, dementsprechende Gesetzesentwürfe ihren Parlamenten vorzulegen. — Als eine der vorbehaltlos zugestanden „Verwaltungsmassregeln“ haben wir demnach wohl die neuerdings von der Polizei an einigen Orten ausgesetzten Personalaufnahmen und Messung bekannter Anarchisten anzuführen. Interessant dürfte die Sache werden, wenn die so vorsichtig geheim gehaltenen Beschlüsse der Konferenz in Form von Geschenktwürfen an die Parlamente kommen. Da wird das, was in Rom noch an Uebereinstimmung vorhanden war, wohl definitiv in die Brüche gehen.“

Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein (die „Null“ v. d. Groebens) hat im Reichstag bekanntlich die „nationale“ Gesinnung eines freisinnigen Redners angegriffen. Mit Bezug hierauf erzählt die „Post.“:

„Es hat einmal einen Politiker gegeben, der gegen die Eiberhebung Hannovers in Preußen Einspruch erhob. Es war der jetzige Landwirtschaftsminister v. Hammerstein Am 16. April 1867 räumte derselbe Abgeordnete gegen die Verfassung, machte sich also derselben That schuldig, die der Linken als Mangel an nationaler Gesinnung oft genug angerechnet worden ist. Bei der Berathung dieser Verfassung wurde ein Antrag, folgenden Zusatz anzunehmen, gestellt:

„Den nichtdeutschen Volksstämmen auf dem Gebiete des Norddeutschen Bundes ist ihre Nationalität, insbesondere die Gleichberechtigung ihrer Sprache innerhalb des nationalen Gebietes derselben gewährleistet.“

Einer der Abgeordneten, die für diesen Antrag stimmten, ist Herr von Hammerstein, der heutige Landwirtschaftsminister, der damalige Fraktionsgenosse von Windthorst und Mallinckrodt.“

Damals hat man den Landwirtschaftsminister zu dem „Vertretern des Auslandes“ geworfen. Herr v. Hammerstein sollte sich wirklich ein besseres Gedächtniß anschaffen!

Es giebt keine Fleischnoth! In Reichensbach i. W. führte der Bürgermeister in seinem der Stadtvorordneten-Versammlung vorgelegten Jahresbericht an, daß die Einnahmen des Schlachthofes gegenüber dem Vorjahre bedeutend zurückgegangen sind. Das resultire daraus, daß weniger Rinder und Schweine geschlachtet worden sind, sogleich die Zahl der geschlachteten Pferde erheblich zugenommen hat. Bei alledem ist die Einwohnerzahl mindestens die gleiche wie im vorhergegangenen Jahre. — Eben noch bekamerten die Regierungskreise im Reichstag: es giebt keine Fleischnoth! Sie erwarteten sich damit den Dank des agrarischen Interessenklingels, aber sie verlor — und wie man sieht mit vollem Recht — auch den letzten Rest von Vertrauen und Achtung im Volke.

Nach immer Lippisches. Einen seltsamen Grund gegen den Bau einer Eisenbahn hat die Westfälische Eisenbahngesellschaft angeführt. Die Lippische Regierung unterhandelt mit dieser Eisenbahngesellschaft über den Bau einer Eisenbahn, die Detmold mit Baderborn verbinden soll. In der Sitzung des lippischen Landtages am Donnerstag mußte jedoch der Minister von Nießing eine Drablung verlesen, wonach die Westfälische Eisenbahngesellschaft den Bau der Bahn ablehnt, „weil der größere Theil der Strecke auf lippischem Boden liegt.“ Dazu bemerkt die „Lippische Landesztg.“: „Der Grund der Ablehnung ist ein recht eigentümlicher und weckt lebhaft die Gedanken an politische Gegenätze.“

Politik in Kriegervereinen. Die Erörterungen politischer Fragen ist zwar sühnungsgemäß für die Kriegervereine ausgeschlossen. Aber die seit dem Sommer sportmäßig betriebene Besinnungsriechelei hat jetzt in manchen Kriegervereinen schon eine solche Vermirung klarer Begriffe angerichtet, daß der Vorstand des Anhaltischen Krieger-Berbandes ganz offen das Treiben von Politik als vornehmste Pflicht der Kriegervereine hinstellt. In dem anhaltischen Dorfe Eberich hatte der Kriegerverein bei der Regierung Beschwerde geführt, weil die Kreisdirektion Köthen auf eine anonyme Denunziation hin den Ausschluß mehrerer als Sozialdemokraten verdächtiger Vereinsmitglieder forderte. Dieser Vorfall hat der herzoglichen Regierung Veranlassung gegeben, das Disziplinerverfahren in solchen Fällen dem Vorstand des anhaltischen Kriegerverbandes zu übertragen. Dieser läßt nun bei Vornahme seiner neuen Funktion an die zugehörigen Vereine ein Rundschreiben ergehen, das die prinzipielle Stellung der Kriegervereine zu der Sozialdemokratie auseinandersetzt und unbedenklich äußerst bemerkenswerth ist, weil es die in der Praxis schon oft geübte Beteiligung der Kriegervereine an der Politik geradezu als patriotisches Erforderniß aufstellt. Das der „Post.“ im Wortlaut vorliegende Rundschreiben erklärt ausdrücklich die Ansicht für grundfalsch, daß die Statuten der Kriegervereine ein Hinübergreifen auf das politische Gebiet verbieten. — Dann müßten nämlich für die Kriegervereine auch alle Beschränkungen in Kraft treten, welche für politische Vereine Geltung haben. Weiter heißt es in dem Rundschreiben, welches sich ausdrücklich darauf beruft, daß der Vorstand des anhaltischen Kriegerverbandes nicht auf eigene Hand vorgegangen ist, sondern sich vorher der Zustimmung der Regierung und des Herzogs versichert hat: Die sozialdemokratische Partei sei „keine politische Partei wie andere Parteien, sondern einfach, klipp und klar: der Feind, der außerhalb der Grenzen unserer Befehlshabersordnung stehende Feind, den zu bekämpfen und dem Abbruch zu thun auf jede Weise nicht ein Herentragen von Politik in unsere Vereine, sondern ein Wirken in Uebereinstimmung mit ihren Sühnungen ist.“ Obwohl das Rundschreiben im Gegensatz zu den „politischen“ Zielen der Sozialdemokratie die „theilweise Berechtigung ihrer Reformbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiete nicht bestritt“, soll ferner doch die Zugehörigkeit zu einer die Hebung der wirtschaftlichen Lage erstrebenden Organisation, zu Verbänden, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Arbeiterverbindungen, die den sozialdemokratischen Stempel nicht ausgeprägt an der Stirn tragen, aber unter verborgen gehaltenen sozialdemokratischer Flagge segelten, zur Mitgliedschaft eines Kriegervereins unzulässig machen. — Wir haben nicht das Geringste dagegen einzuwenden, daß auch die den Kriegervereinen angehörenden Männer für ihre politischen Ueberzeugungen eintreten, — auch wenn die ihnen empfohlene Politik der bare Unsinn ist. Aber wogegen wir uns wenden, und was jeden rechtlich Denkenden empören muß, das ist die parteiische Behandlung der politischen Vereine. Während man unseren Vereinen, sofern sie wirklich oder nur scheinbar „politisch“ sind, den Zusammenschluß verbietet, muntert man die in strammen Verbänden organisierten Kriegervereine von oben herab geradezu auf, sich in den politischen Kampf zu begeben. Benigstens sollten die „Krieger“ nicht so feig sein, sich eines solchen Privilegiums zu bedienen, sondern sie sollten dafür sorgen, daß auch ihren politischen Gegnern dieselbe

Staaten zurückzuführen. Ja, es ist schon offene Meuterei ausgebrochen, als General Miller in Manila stationierte Truppen nach No-No dirigieren wolle. Kurz, die Amerikaner sind vollständig in die Defensive gedrängt. Spanien steht dem Allen mit begreiflichem stillen Vergnügen zu. Der Ministerpräsident Sagasta erklärte, an General Mios seien Befehle nach Manila ergangen, betreffend die Beobachtung absoluter Neutralität seitens der spanischen Truppen. Das scheint die Antwort darauf zu sein, daß Amerika von Spanien das Ersuchen stellte, Mindanao so lange zu halten, bis amerikanische Truppen anlangen, es zu befreien. Eine etwas wunderliche Gemüthsstimmung. Spanien darf die ihm entriszene Insel so schnell verlassen, als es will, höchstens ein längeres Verweilen könnten die Amerikaner ansprechen.

In ihrer miltlichen Lage sollen sich die Vereinigten Staaten nun durch ein ganz plummes Lügenmärchen trösten lassen. Der „Daily Teleg.“ meldet aus Washington:

„In Regierungskreisen zirkulirt das Gerücht, daß Prinz Heinrich selbst hinter Aguinaldo stehe. Er habe durch den deutschen Komit Aguinaldo die Versicherung gegeben, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, die Philippinen in allem zu unterstützen, was sie von den Amerikanern verlangen. Alles, was Deutschland dagegen verlange, sei eine Kohlenstation. In Washington meinte man jedoch, daß Deutschland den Besitz einer Insel ober der gesammten Philippinen erstrebe.“

Die „Alln. Btg.“ hat schon, jedenfalls in besonderem Ausmaß, die Infimiationen energisch abgetrunpft. Ihr Zweck scheint ein innerpolitisch taktischer zu sein. Die Opposition im Senate gegen Mac Kinley's Politik wächst unheimlich und mit dem Hinweis auf ausländische Feindseligkeiten möchte man die Opposition bei ihren vaterländischen Gefühlen fassen. Aber dazu sollte man sich minder blühenden Unsinns ausprechen als ein Bündniß: Prinz Heinrich von Preußen und Aguinaldo.

Der Durchschnittslohn der Sammetweber betrug im Jahre 1897 7,20 Mk., durch die ungenügende Vervollständigung der technischen Mittel kann ein Weber heute mit einem Male 6 Tuche, während früher nur eins, weben. Früher wurden für den Meter 6 Mark Webelohn bezahlt, heute nur 1,05 Mk., während die Fabrikanten den Stoff an die Abnehmer nur 50 Pf. billiger lieferten. Man kann sich denken, welche ungeheuren Gewinne die Unternehmer hierbei einstreifen und es durchaus nicht zu verwundern ist, daß die Unternehmer allesamt vielfache Millionen sind, während die Arbeiter, welche die Stoffe schaffen, nicht ihr täglich Brod haben. Die Arbeiter sind aber auch nicht zu verwundern, daß sie die Unternehmer allesamt vielfache Millionen sind, während die Arbeiter, welche die Stoffe schaffen, nicht ihr täglich Brod haben. Die Arbeiter sind aber auch nicht zu verwundern, daß sie die Unternehmer allesamt vielfache Millionen sind, während die Arbeiter, welche die Stoffe schaffen, nicht ihr täglich Brod haben.

In das Handelsregister ist eingetragen am 13. v. M. auf Blatt 1650 bei der Firma „G. W. Meyer“: Carl Heinrich Meyer hat aufgehört, Inhaber der Firma zu sein. Neuer Inhaber: Carl Heinrich Friedrich Meyer, Kaufmann in Lübeck. — In das Genossenschaftsregister ist am gleichen Tage eingetragen: auf Blatt 19 bei der Firma „Lübecker Gewerbebank“ eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung: Joachim Gottfried Johann's Müller ist zum Stellvertreter eines erkrankten Vorstandmitgliedes interimistisch ernannt. — Eröffnet werden am Dienstag, den 17. d. Mts., 10 1/2 Uhr, auf dem Marktplatz die Testamente: 1. des am 30. Dezember 1898 in Lauenburg a. E. verstorbenen Marinepoliers H. F. D. Schmäser, 2. der hier am 21. Dezember 1898 verstorbenen Wittve des Kaufmanns P. H. G. Schöffler, G. M. H. geb. Leuschke, adoptierten Dunkel, 3. des hier am 27. Dezember 1898 verstorbenen Kaufmanns P. F. G. Gradenar.

Eine Verkehrsstörung der elektrischen Straßenbahn fand am Sonntag Abend auf der Strecke Schwabauer Allee-Markt (Ecke Fackelburger Allee) dadurch statt, daß der Leitungsdraht zerriß. Durch Umsteigen der Fahrgäste wurde der Betrieb aufrecht erhalten, indem sich die Streckenwagen bei der „Unfallstelle“ abblösten.

* **Risiko der Arbeit.** Am Mittwoch verunglückte in der Fabrik von Evers u. Wiesner der Former Storch dadurch, daß ihm ein Stück Eisen an die Kutschelbe flog. Der Verletzte mußte auf Veranlassung des Arztes später im Krankenhaus überführt werden. Wie wir erfahren, wurde der Unfall dadurch herbeigeführt, daß man, statt wie sonst üblich im Freien, im Arbeitsraum der Former selbst mittelst Mambären ein Stück Guss zertrümmerte. Von einem abtreppenden Stiel wurde alsdann St. verlegt.

Vom Tage. Gefohlen wurde einem Knecht, während er bei einer Gesinde-Vermietherin weilte, ein Bündel mit Kleidungsstücken. — Ein Einbruch wurde bei einem Wirt in der Wallstraße verübt. — Der Dieb erbeutete nur Chololade und einige Zigarren.

Vor der Schwurgericht verwiesen ist der wegen Sittenvergehens angeklagte Dienstmagd: Schuur aus Rensefeld.

Ueberblick der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Dezember 1898. Geboren sind 178 Kinder, davon 88 männlichen, 90 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 3 Knaben, 6 Mädchen. Gestorben sind 45 Personen männlichen, 61 weiblichen Geschlechts, in Summe 106. Demnach Ueberschuß an Geburten 43 resp. 29, insgesammt 72. Auf 1000 Einwohner waren 28,47 Geburten, 16,95 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 31, von 1-5 Jahren 9, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 2, bis zu 20: 2, bis zu 30: 5,

bis zu 40: 3, bis zu 50: 4, bis zu 60: 8, bis zu 70: 14, bis zu 80: 13, bis zu 90: 9, über 90 Jahre: 2. Die Todesursache war Diphtherie in 1, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 12, Lungenerkrankung in 5, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 7, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 7, Folgen des Wochenbetts in 9, Krebs in 7, angeborene Lebensschwäche in 3, Altersschwäche in 10, Unfalltod in 3, Selbstmord in 1, Herzleiden in 5, Krämpfe in 4, Marasmus in 6, Wasserhucht in 1, Schlagfluß in 4, Typhus in 6, Malaria in 6, Scharlach in 9, sonstige Krankheiten in 15, unbekannt in 7 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 40, Vorstadt St. Jürgen 10, St. Lorenz 24, St. Gertrud 16, die Krankenanstalten 16.

Schwartz-Mensfeld. Eine Parteikonferenz für das Fiskusministerium Lübeck tagte am Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn Steuberg in Mensfeld. Es waren anwesend Delegirte aus Stockelsdorf, Gniffau, Hohenhorst, Rensefeld-Schwartz, Cronenberg und Gutin, Vertreter der Agitationskommission in Neumünde und die Genossen Bartels und Rasch aus Lübeck. Nach Eröffnung wurden die Genossen Boss, Kuschnerow und Westphal (Gutin) in's Bureau gewählt. Der Verein „Harmonie“ trug sodann einige passende Reden vor. Punkt 1: Angelegenheit Bagewahl wurde einer dreigliedrigen Kommission übertragen, welche nach sehr langer Verhandlung der Konferenz folgende Resolution unterbreitete:

„Die Konferenz beschließt, in Sachen Bagewahl hinsichtlich der finanziellen Angelegenheiten eine abwartende Stellung einzunehmen. Im Uebrigen erklärt sie Bagewahl für dauernd unzulässig, Vertrauensmänner innerhalb der Partei zu bestimmen resp. die Partei thätig zu sein. Sie spricht ferner ihr lobhaftes Bedauern darüber aus, daß anscheinend noch Arbeiter die handlungen Bagewahl's getrieben für ausgebracht erachten und sich ihm anschließen.“

Die Resolution wurde gegen eine Stimme — der betr. Genosse vor gegen die Veröffentlichung des Beschlusses — angenommen.

Punkt 2: Die bevorstehenden Landtagswahlen führte zu einer eingehenden und lebhaften Diskussion, welche sich zunächst um den zu erhaltenden Erfolg, sodann um die einschlagenden Wege drehte. Es wurde allseitig energisch betont, daß die Aussichten gute seien und daß es Pflicht der Genossen der Gesamtheit gegenüber sei, der agrarischen Agitation auch bei den Landtagswahlen die Spitze zu bieten. Seitens der Agitationskommission ward die Gewährung von Geldern in Aussicht gestellt. Der Vorort Gutin hat die Vorarbeiten zu beorgen. Die Ausarbeitung eines passenden Flugblattes ward den Genossen Paul Jung-Bant und Rasch übertragen. Das Vertrauensmännersystem soll sofort weiter ausgebaut werden, auch sollen die Parteigenossen an allen Orten schon jetzt die Agitation beginnen. — Um 6 Uhr wurde die leider durch die folgenden Streitigkeiten gestörte, im Uebrigen aber gut verliefene Sitzung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Erforscher. Durch Kohlenbunst erstickt ist in Friedrichshof bei Ahlefeld eine russische Arbeiterin. Ihre Kollegin wurde gerettet. Die Ursache war, wie gemöhlich, vorzeitiges Schließen der Ventillappe.

Schleswig. Unfall. Von der Straßenbahn todtgefahren wurde die Ehefrau des Lehrers Mumm. Ebenfalls von der Straßenbahn überfahren und getödtet wurde in Kiel der Rutscher Sell, Vater von sieben Kindern.

Stadttheater. Gastspiel Renier. Morgen, Dienstag, wird in unserem Stadttheater Frl. Renier von Thalia-Theater in Hannover als Magda in Sadernmann's „Heimath“ gastiren. Aus den vorliegenden Kritiken über die künstlerischen Leistungen von Frl. Renier entnehmen wir einer Besprechung der Magda in Hannover folgendes: Vom ersten Augenblick an, wo Frl. Renier als Magda auf der Bühne erschien, bis zum letzten Akte des Vorhangs stand man unter dem Einfluß ihrer Persönlichkeit. Ja, die Wirkung steigerte sich von Akt zu Akt.

Im den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Verlobte.
Frieda Scheel
Max Heinke
Ravensbüsch. Regenheim i. S.

Dankagung.
Für die bewiesene Theilnahme, sowie die überaus zahlreiche Kranzpende und Herrn Pastor Lütge für die trostreichen Worte bei der Beerdigung meiner lieben Tochter **Dorothea** unsern herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
J. W. Roggenkamp.

Ein möblirtes Zimmer nach vorne zu vermieten
Kaukenstr. 28a, port.

Gesucht sofort ein Knecht
H. Beitel bei Rollingshoff.

Ein guterhaltener harter Kinderwagen billig zu verkaufen. Preis 7 Mark.
Marlesgrube 65, 1. Et.

Klein-Verkauf
von **jämmtlichen Spirituosen.**
Grandsford Allee, **J. C. Müller.**
Ecke Kahlhorststr.

Frisch gebrannt. Caffee
per Pfd. 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 Mk.
empfehl.

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Das Reichstags = Fraktions = Bild von 1898

der **socialdemokratisch. Partei**
ist zum Preise von 75 Pfg. zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Neue Welt = Kalender

für das Jahr 1899
Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Feinste und feine
Margarine
stets frisch, per Pfund 50 und 60 Pfg.
empfehl.

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Sämmtliche Colonialwaaren
Fettwaaren, Spirituosen,
Futterstoffe, Feuerung
empfehl. billigt

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Musik.
Wegen Aufgabe des Artikels versende: Concert-Harmonika, 10 Tasten, 2 theil., la. Doppelbass, mit f. Balghalter, Lederball u. Nickelstange, fein polirt mit Metallkass.; 2 Regist., doppelchrig, 40 Stimmen, statt früher Mk. 5,75 für nur Mk. 4,25. **Panmoufa = Cornettina,** 2 reihig (5 Signaltöne) prachtvoll, statt Mk. 7,50 jetzt nur Mk. 6.—. **Accordzithern,** 6 Manuale, 25 Saiten, feines schwarz polirtes Gehäuse mit Gold und Malereien, prächtiger Ton, mit sämmtl. Zubehör u. 2 Notenbüchern, statt Mk. 13,75 nur Mk. 10,50, enorm billigt Alles incl. Verpackung, ab hier, gegen Nachnahme.
Richard Rog, Duisburg a. Rh.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 17. Januar. Auser Abonnem.
Gastspiel von Frl. Alma Renier.
Heimath.
Schauspiel in 4 Akten von H. Sadernmann.
Magda — Frl. Alma Renier a. G.
Mittwoch den 18. Januar. Auser Abonnem.
Letztes Gastspiel von Frl. Alma Renier.
Die Hochzeit von Valenti.
Schauspiel in 4 Akten von L. Gogghofer.
Sanda — Frl. Alma Renier.

Zweiter deutscher Seemanns-Kongress.

(Dritter Verhandlungstag.)

Hamburg, 11. Januar.

Nach Wiedereröffnung des Kongresses wurde in der Debatte über die „Arbeiter-Schutzgesetz“ fortgefahren. Reichstagsabgeordneter Th. Schwarz-Lübbeck findet eine große Ungerechtigkeit darin, daß Angehörigen keine Unfallrente gezahlt wird, sobald sie im Auslande wohnen.

Nach einer weiteren Debatte, an der sich auch Pastor Jungelassen von der Hamburger Seemanns-Mission beteiligte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da der Seemann bei der Arbeitslosigkeitsbekämpfung zurückgefallen ist, erklärt der Kongress es für durchaus nötig dem Seemann mehr Schutz und Rechte zu gewähren.“

Der 7. Punkt der Tagesordnung: „Das Verlangen der Schiffleute nach einer reichsgesetzlichen Kontrolle des Schiffbaues und der Schiffe“ — begründet von Schiffszimmermann W. Müller-Hamburg — und der 8. Punkt der T.O.: „Die Bemannung der Schiffe“, den B. Müller begründet, wurden auf Antrag zusammen debattiert.

„I. Aus Seemannsreisen ist die Reichsregierung wiederholt ersucht worden, zum Schutz der Schiffbesatzungen und Passagiere eine reichsgesetzliche Kontrolle über den Schiffbau, sanitärer Einrichtungen, sowie über die Seetüchtigkeit der in Fahrt befindlichen Schiffe einzuführen.“

„II In Erwägung dessen, daß die Erhaltung von Schiff, Ladung, Leben und Effekten sowohl der Mannschaften wie auch der Passagiere von einer guten und den Verhältnissen entsprechenden Mannschaft abhängig sind, fordert der 2. deutsche Seemanns-

Kongress reichsgesetzliche Bestimmungen bezüglich der Bemannung deutscher Kaufahrtschiffe. Bis dato ist durch das Reichshandelsministerium reichsgesetzliche Bestimmungen der Willkür der Kapitäne bezüglich der Bemannung der Schiffe überlassen geblieben.

Der Kongress hält es für eine unbefriedigbare Thatsache, daß die meisten deutschen Kaufahrtschiffe, Segel- sowie Dampfschiffe, speziell die der transatlantischen Linien, sowohl mit Besatzung als auch Maschinenpersonal ungenügend bemannt sind.

Der Kongress hält es für erwiesen, daß durch die ungenügende Bemannung und durch die vielen unbefahrenen Mannschaften die Rettungsboote nicht genügend bemannt und mit hochqualifizierten Leuten versehen werden können und daß hierdurch bei Eintritt einer Katastrophe Menschenleben leichtfertig gefährdet werden.

Der Kongress stellt daher sowohl im Interesse der Seeleute wie der gesamten Schifffahrt folgende Forderungen auf:

1) Die deutschen Kapitäne werden nach einer durch die Reichsregierung zu bestimmenden Bemannungsliste verpflichtet, ihre Schiffe zu bemannen.

2) Die Seemannsämter werden durch ein Reichsgesetz angewiesen, diejenigen Ausländer von der Auswanderung zurück zu weisen, welche der deutschen Sprache nicht soweit mächtig sind, daß sie die gegebenen Kommandos pünktlich ausführen können.

3) Die Seemannsämter werden durch ein Reichsgesetz angewiesen, diejenigen Ausländer von der Auswanderung zurück zu weisen, welche der deutschen Sprache nicht soweit mächtig sind, daß sie die gegebenen Kommandos pünktlich ausführen können.

4) Die Seemannsämter werden durch ein Reichsgesetz angewiesen, diejenigen Ausländer von der Auswanderung zurück zu weisen, welche der deutschen Sprache nicht soweit mächtig sind, daß sie die gegebenen Kommandos pünktlich ausführen können.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung: „Die Internationalität der Seeleute“, referierte Stürmer-Hamburg. Der Redner empfahl den Ausbau und die Erweiterung der bisher schon von einzelnen organisierten Seeleuten gepflegten internationalen Beziehungen.

„In Anbetracht, daß die Arbeiter sich nicht nur mit anderen Arbeitgebern am Orte zu Arbeitgeber-Verbänden zusammenschließen, sondern auch nationale und internationale Arbeiterverbände anstreben und unterhalten, zwecks immer größerer Machtausübung, ist es Pflicht der Seeleute, ihren Verband auch immer fester anzubauen und nicht nur als Mitgliedschaften des Verbandes den Gewerkschaftsstellen am Orte und als ganzer Verband der Generalcommission der Gewerkschaften in Deutschland sich anzuschließen.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„In Anbetracht, daß die Arbeiter sich nicht nur mit anderen Arbeitgebern am Orte zu Arbeitgeber-Verbänden zusammenschließen, sondern auch nationale und internationale Arbeiterverbände anstreben und unterhalten, zwecks immer größerer Machtausübung, ist es Pflicht der Seeleute, ihren Verband auch immer fester anzubauen und nicht nur als Mitgliedschaften des Verbandes den Gewerkschaftsstellen am Orte und als ganzer Verband der Generalcommission der Gewerkschaften in Deutschland sich anzuschließen.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

„Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gipfelte, schloß Johann der Vorsitzende Hoffmann den Kongress.“

zwar des „Halberstädter Intelligenzblattes“ — gestattet worden.

M.-Stadtbach. In der Baumwollweberei Wlecker Söhne kündigten fast sämtliche Arbeiter, weil Markenkontrolle bei Beginn der Arbeit eingeführt werden soll.

In der Zuckerraffinerie in Halle haben die in der Hochdruckverlegetage beschäftigten 16 Arbeiter sämtlich die Arbeit niedergelegt. Vor 14 Tagen war ihnen eine Lohnreduzierung von 25 pZt. angekündigt worden, die bei der Lohnzahlung am Mittwoch zum ersten Male vorgenommen wurde.

Kohlenarbeiterstreik. Im Kohlenbergbau von Anton Julia in Frankfurt a. M. legten am Dienstag 10 Arbeiter die Arbeit nieder. Das Arbeitersekretariat übernahm die Vermittlung, und es gelang, den Zwischenfall friedlich beizulegen.

Ein Ausstand der „freien“ englischen Dockarbeiter. Seit dem letzten großen Londoner Dockstreik haben die großen Arbeitgeber bekanntlich einen „Verein freier Arbeiter“ gegründet, der namentlich der angeblichen Tyrannei der Gewerksvereine entgegenwirken sollte.

Eine Organisation der Dienstmädchen nach gewerkschaftlichem Muster wird in den Vereinigten Staaten Nordamerikas vorbereitet. Folgendes Programm ist vorläufig dafür in Aussicht genommen. Die Arbeit soll um halb 7 Uhr Morgens beginnen und um 9 Uhr Abends zu Ende sein.

Die arme Excellenz mußte sich auf den nächsten Essel niederlassen und raug verzweiflungsvoll die Hände im Schoß. „Wie hast Du es mir fertig gebracht, eine solche Summe in so kurzer Zeit zu vergenden?“

„Ja, siehst Du, Mama, ohne Gaul hält es der Kavallerist eben doch nicht lange aus und dann... dann habe ich auch verdammtes Pech im Spiel gehabt.“

„Im Spiel? Aber Bodo, es ist Euch doch so streng verboten?“

Die Kinder der Excellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

6. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

„Ja, Mutter — ich?“ brauste Bodo auf. „Da wäre ich ja nicht werth, meines Vaters Sohn zu sein. Für einen echten Verräther giebt's nur einen Beruf auf der Welt — und ich will ein echter Verräther sein.“

